WELT AM SONNTAG

WELT AM SONNTAG Hamburg v. 02.06.2024 S. 33 / Berg, Stefanie von, Dr. ; Blume, Katarina ; Busold, Matthias ; Dickow, Claus-Joachim ; Domres, Thomas ; Schmuckall, Tim ; Tjarks, Anjes Hans ; Werner-Boelz, Michael ; Strate, Henrik

WEHE, wenn sie losgelassen?

Der Erdrutschsieg der Grünen bei der Bezirkswahl 2019 verschaffte der Partei mehr Gestaltungsmacht – und Stefanie von Berg und Michael Werner-Boelz höchste Ämter. Vor dem nächsten Urnengang stehen beide massiv in der Kritik

VON JANA WERNER

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925–2013) galt als Politikerin mit festen Überzeugungen. Ihr habe mehr daran gelegen, so beschreiben es Weggefährten, das zu tun, was sie für das Richtige hielt, statt das Opportune. Und so straukelte sie im Amt letztlich wohl daran, dass Teile der Bevölkerung ihre zunächst geschätzte Durchsetzungskraft zunehmend als starrsinnigen Dogmatismus empfanden. Was früher Überzeugungen waren, wird heute Haltung genannt – nicht selten etwas, was Politikerinnen und Politiker parteiübergreifend für sich beanspruchen, wenn sie auf ihrem Standpunkt beharren und dabei ausblenden, dass die Realität der Menschen eine andere ist. In diesem Zusammenhang stehen aktuell immer wieder die Grünen im Fokus, geht es der selbsternannten Fortschrittspartei doch um nichts Geringeres als die Transformation der Gesellschaft. Und das nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen wie den Hamburger Bezirken, deren Versammlungen

am 9. Juni parallel zur Europawahl neu gewählt werden.

Mit zunehmender Verantwortung in Bund, Ländern und Kommunen wächst die Kritik an den Grünen, wie das Beispiel Hamburg zeigt. Dort, in zwei der sieben Bezirke des Stadtstaates, krepeln die Amtsleiter Stefanie von Berg und Michael Werner-Boelz den Alltag der Bevölkerung um – ein mühsamer Prozess, weshalb sie mit Blick auf die Bezirkswahl um ihren Verbleib auf dem Posten bangen müssen.

Von Berg und Werner-Boelz zählen zu jenen Politikern, die polarisieren. Denn sie handeln und entscheiden „überwiegend ideologisch statt pragmatisch, rigoros statt ausgleichend, abgehoben statt bürgernah“, wie politische Mitbewerber im Gespräch mit WELT AM SONNTAG sagen. Daraus ergibt sich für Beobachter die Frage, ob Grüne in Verantwortung anders regieren. „Was uns beide auszeichnet, ist unser Mut“, ordnet von Berg die Lage aus ihrer Sicht ein, als sie für das Interview mit dieser Zeitung neben Werner-Boelz Platz nimmt, in einem Café im quirligen Stadtteil Eimsbüttel, genauer zwischen Christuskirche und

Sternschanze, in etwa auf halber Strecke zwischen ihren Bezirksämtern.

Sie seien beide bereit, Konflikte auszutragen, weil sie geklärt werden müssten, betont von Berg – und fügt hinzu: „Wir analysieren die Probleme und wägen ab. Und man reibt sich gerne an Menschen, die eine Haltung haben und selbst bei Gegenwind nicht einknicken.“ Dass Werner-Boelz und sie Grünen-Mitglied seien, erzeuge eine zusätzliche Angriffsfläche, „derzeit steht Grünen-Bashing hoch im Kurs“. Die Parteizugehörigkeit sei nur ein Aspekt bei der Beurteilung seiner Arbeit, glaubt Werner-Boelz. Es sei vielmehr eine Mischung aus mehreren Punkten, und dazu gehöre, dass er seine „klare Haltung“ selbst bei Widerständen vertrete: „Ich werfe meinen Kompass nicht über den Haufen, wenn ich auf Menschen mit anderen Meinungen treffe. Ich höre mir das an, reflektiere und bilde mir ein Urteil.“

Rückblick: Der Höhepunkt der Klimastreikbewegung bescherte den Grünen bei der Bezirkswahl 2019 einen Erdrutschsieg von hamburgweiten 31,3 Prozent, mit deutlichem Abstand vor SPD (24) und CDU (18,2). Wo vorher über Jahrzehnte meist Genossen an der Spitze

Fortsetzung...

der Bezirksämter thronen, übernehmen fortan mit von Berg in Altona sowie mit Werner-Boelz in Nord erstmals zwei Grüne die Macht. Das ermöglichte der Partei neue Gestaltungsräume, flankiert von ebenso selbstbewussten Mitstreitern im rot-grünen Senat der Hansestadt. Im Gegensatz zur Bürgerschaft, die alle für Hamburg geltenden Gesetze verabschiedet, gehören die sieben Bezirksversammlungen zur Exekutive. Sie setzen die von der Bürgerschaft – der Legislative – verabschiedeten Gesetze für ihre Einwohner um. Den Bezirken steht die Amtsleitung vor, eine von der Bezirksversammlung gewählte Verwaltungsspitze.

Im alternativen Altona leben 280.000 Einwohner auf 78 Quadratkilometern bei einem Migrationsanteil von 35,8 Prozent. Es herrscht eine enorme Spreizung der sozialen Verhältnisse, zwischen Armut in Lurup und Osdorf und Reichtum in Blankenese und Nienstedten. Der eher familiäre Bezirk Nord erstreckt sich von der Außenalster über Eppendorf bis nach Langenhorn, vom einstigen Arbeiterquartier Barmbek bis an das noble Harvestehude mit seinen Gründerzeitvillen. In Nord liegt der Migrationsanteil bei 31,6 Prozent, in der knapp Zwei-Millionen-Einwohner-Metropole Hamburg insgesamt bei 39,3.

Der 58-jährige Werner-Boelz und die ein Jahr ältere von Berg lenken ihre Bezirksämter politischer als ihre Vorgänger, was auch in ihren vorherigen Stationen begründet ist. Der Diplom-Sozialökonom saß zuvor als Abgeordneter in der Bezirksversammlung Nord, die promovierte Pädagogin in der Bürgerschaft. Die Erkenntnis, dass die Probleme Hamburgs in den Bezirken unmittelbar sichtbar werden, etwa im Wohnungsbau, der Mobilitätswende und Flüchtlingsaufnahme, treibt von Berg und Werner-Boelz zweifellos – und dabei geraten sie selbst ins Kreuzfeuer.

In Altona entzündet sich die Kritik an von Berg zum Beispiel an der Reventlowstraße im Stadtteil Groß Flottbek – 700 Meter, die zu Gunsten des Rad-, Fuß- und Busverkehrs umgebaut werden. Das Projekt wurde über Jahre geplant und durch etliche Mehrheitsbeschlüsse der Bezirksversammlung gefestigt. „Nachdem 1,3 Millionen Euro für die Planung ausgegeben waren, überlegte es sich die Bezirksversammlung noch einmal an-

ders“, erklärt von Berg und ergänzt: „Mir jetzt undemokratisches Agieren vorzuwerfen, weil ich am Zeitplan festhalte, irritiert mich.“ Das nächste Bauzeitfenster hätte sich erst sieben Jahre später geöffnet und weitere Kosten verursacht, weshalb die Behörde von Verkehrssenator Anjes Tjarks (Grüne) das Bezirksamt Altona kürzlich angewiesen habe, den Ausbau zur Veloroute nun zu beenden.

Aus der Perspektive einiger Abgeordneter in der Bezirksversammlung beharrt von Berg somit entgegen der politischen Mehrheit auf dem Zeitpunkt des Umbaus. „Die Baustelle in der Reventlowstraße soll sechs Monate dauern“, sagt der Christdemokrat Tim Schmuckall, „die Auswirkungen auf den Verkehr in diesem mit Großbaustellen überlasteten Bereich sind katastrophal für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Geschäftsleute des Stadtteilzentrums“. Das sei schlechte Politik. Laut SPD-Vizefraktionschef Henrik Strate „hat Frau von Berg einen klaren grünen Kompass, das ist legitim“. Diesem aber alles unterzuordnen, hält er für falsch und fordert von der Amtsleiterin „mehr Empathie“ für alle Bevölkerungsgruppen in Altona. „Wenn ich für Vielfalt bin, muss ich auch vielfältige Meinungen aushalten und darf nicht nur die eigene als einzig wahre verkünden“, so Strate.

Nach Einschätzung der FDP-Abgeordneten Katarina Blume hat „von Berg nicht verstanden, dass die grüne Agenda – die Transformation – nur funktioniert, wenn die Menschen mitspielen“. Um die gehe es doch, man wolle die Leute transformieren, sie davon überzeugen, dass sie ihr Leben umgestalten müssten. „Das gelingt nur mit Überzeugungskraft, Zuhören und Eingehen auf Bedenken, mit Kompromissfähigkeit statt Rigorosität“, sagt Blume, wobei das Festhalten an der Ideologie „der größte Fehler“ von Stefanie von Berg sei. Für die Zukunft wünscht sich die Liberale eine Person in der Amtsleitung, „die sich um die Agenda aller Menschen kümmert und nicht nur um jene, die in ein bestimmtes Denk- und Führungsmuster passen“.

Ein auffallend ähnliches Szenario ereignet sich in Nord um Michael Werner-Boelz, der in seinem Bezirk in neu ausgewiesenen Baugebieten keine Einfamilienhäuser mehr zulässt

und damit eine bundesweite Debatte entfachte. Sein Dilemma, über nur noch wenig potenzielle Bauflächen zu verfügen, führte ferner dazu, dass der Amtsleiter das Diekmoor zum letzten großen Baugebiet der Gegend auserkor. 700 Wohnungen sollen dort, an der U-Bahn-Station Langenhorn, entstehen – mit der Folge, dass sich eine standhafte Bürgerinitiative dagegen wehrt und als Wählervereinigung „Rettet Hamburgs Grün“ bei der Bezirksversammlung antritt. Dass sich aus den betroffenen Kleingärtnern ein Protest formieren würde, sei ihm bewusst gewesen, sagt Werner-Boelz. Aber: „Meine Aufgabe ist nicht, individuellen Interessen zu folgen, sondern im Sinne des Gemeinwohls das Richtige zu tun – und das ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“, begründet er sein Handeln für die, wie er es sieht, „soziale Gerechtigkeit“. Das Diekmoor sei formal ein Landschaftsschutzgebiet, das aber im Flächennutzungsplan seit 1995 für Wohnungsbau vorgesehen sei. „Ich setze das um, was sich meine Vorgänger nicht getraut haben“, meint der Amtsleiter.

Die Causa ist aus Sicht des FDP-Fraktionschefs in Nord, Claus-Joachim Dickow, „ein Beispiel dafür, wie wenig Werner-Boelz auf Menschen zugeht – nicht einmal auf jene, die das vertreten, was Grüne wollen: die Natur und das Klima schützen.“ Dabei sei vielen Menschen im hochverdichteten Bezirk Nord bewusst, dass sich vor allem Grüne in einer Zwickmühle zwischen Wohnungsbau aufgrund des Zuzugs und Naturschutz befänden. „Nur dann muss ich mit den Menschen reden, Verständnis schaffen, um größer werdenden Protest zu verhindern“, empfiehlt Dickow.

Sozialdemokrat Thomas Domres, der Werner-Boelz bei der Bebauung des Diekmoors inhaltlich unterstützt, spricht dem Amtsleiter dennoch die Fähigkeit ab, unterschiedliche Meinungen auszuhalten. „Das ist ein grundsätzlich grünes Phänomen“, so Domres, aber das Wesen von Politik sei, „einen Kompromiss zu finden – in der Kommunalpolitik vielleicht noch dringender, weil es dort oftmals um direkte Veränderungen vor der Haustür geht“. Umso wichtiger seien „mehr Rücksicht, Verständnis und Zeit für einen ausgewogenen Diskurs“. Ähnlich fasst der CDU-Bezirksabgeordnete Matthias Busold die

Situation zusammen: „Politik muss darauf achten, dass die Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen nicht zu sehr aneinandergeraten.“ In dem Moment, in dem ein Politiker etwas bevorzuge – Fahrräder oder Autos zum Beispiel – gebe er den jeweiligen Vertretern einen Freifahrtschein. „Das muss aufhören. Wir müssen nach Kompromissen in einer komplexen Welt suchen. Und ein Kommunalpolitiker kommt besser voran, wenn er verbindet statt polarisiert“, sagt Busold.

Wenig überraschend weisen Michael Werner-Boelz und Stefanie von Berg die Angriffe zurück. Was er richtig und falsch gemacht habe, müssen „andere beurteilen“, sagt Werner-Boelz und gibt

gleichwohl zu bedenken, dass er nicht wisse, „was ideologisch daran ist“, dass er „die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern möchte – in ausreichend bezahlbarem Wohnraum“. Zudem wolle er nicht das Auto abschaffen, lediglich die Stadt für alle Verkehrsteilnehmer ausgewogen gestalten. Ebenso deutlich resümiert von Berg ihre bisherigen Jahre in Verantwortung: „Ich sehe nicht, dass ich etwas falsch gemacht habe, wenngleich ich nicht ohne Fehl und Tadel bin.“ Sie sei, wie sie sei und sich bewusst, dass sie polarisiere. Sie habe ihren Kompass „auf das Gemeinwohl und das Überleben des Planeten ausgerichtet – evidenzbasiert, nicht ideologisch“. Das Urteil der Wähler fällt am 9. Juni.